

UN-Menschenrechtsexperten äußern ernste Bedenken über die geplante Zwangsumsiedlung der Beduinen durch Israel

Presseerklärung von Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel vom 11.07.2019

Sechs UN-Sonderberichterstatter gaben einen gemeinsamen Brief an Israel heraus, der kürzlich veröffentlicht wurde und ernsthafte Bedenken wegen der Pläne der israelischen Regierung äußerte, 36.000 Beduinen-Bürger Israels zwangsweise zu vertreiben. Das Schreiben äußerte auch große Besorgnis über die Verfolgung und Inhaftierung von Scheich Sayah Abu Madhi'm A-Turi, einem beduinischen Menschenrechtsverteidiger und Vorsitzenden des nicht anerkannten Beduinendorfes al-Araqib, wegen seiner Proteste gegen Hauszerstörungen und Zwangsräumungen.

Das Schreiben wurde von den Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen unterzeichnet, und zwar von den Sonderberichterstattern für kulturelle Rechte, für angemessene Wohnungen, für Menschenrechtsverteidiger, für Binnenvertriebene, für Minderheitenfragen sowie für Rassismus und Rassendiskriminierung. Das Schreiben folgt sowohl auf eine gemeinsame Vorlage des Negev Coexistence Forum for Civil Equality (NCF) und des Human Rights Defenders Fund (HRDF) bei den UN-Sonderverfahren zur Verhaftung und Verfolgung von Sheikh Sayah als auch auf Erklärungen und Treffen, die im März 2019 von Adalah und NCF mit mehreren der Sonderberichterstatter und/oder ihren Vertretern in Genf zu Israels Massenvertreibungsplänen für die Beduinen im Naqab/Negev abgehalten wurden.

Die Sonderberichterstatter nahmen die Ankündigung der Behörde für Entwicklung und Niederlassung der Beduinen im Negev ("die Beduinenbehörde") vom Januar 2019 zur Kenntnis, 36.000 Beduinenbürger "zu evakuieren", um eine Autobahn, eine Waffenprüfanlage, eine militärische Schießanlage, eine Hochspannungsleitung und eine Phosphatmine zu bauen oder zu erweitern. Adalah und Menschenrechtspartnerorganisationen stellen derzeit mehrere dieser "entwicklungsinduzierten Vertreibungspläne" vor israelischen Gerichten und Raumplanungsausschüssen in Frage.

Die Sonderberichterstatter haben in ihrem Schreiben geschrieben: "Diese massiven Bevölkerungstransfers deuten darauf hin, dass nicht alle tragfähigen alternativen Lösungen zur Vermeidung von Zwangsräumungen, einer schweren Verletzung der Menschenrechte, die auch eine Binnenvertreibung darstellt, in Betracht gezogen wurden, wie es das internationale Menschenrechtsgesetz vorschreibt". In dem Schreiben heißt es, dass die Zerstörung von Beduinenhäusern durch die israelische Regierung "die allgemeine Stimmung innerhalb der Beduinen-Minderheit angesichts einer anhaltenden und zunehmenden Verfolgung verschärfen könnte" und dass diese Zerstörungen und Vertreibungen "irreparablen Schaden an der traditionellen Lebensweise der Beduinen-Minderheit, ihren Lebensgrundlagen, ihren spezifischen Lebensformen und kulturellen Praktiken und ihrem Verhältnis zu ihrem Land haben".

Link zum Brief der UN-Berichterstatter an die israelische Regierung und Behörden

<https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gId=24545>

Quelle: <https://www.adalah.org/en/content/view/9772>

Presseerklärung von Adalah vom 30.01.19

Israel kündigt massive Zwangsumsiedlung von Beduinen im Negev an

Die israelische Beduinen-Siedlungsbehörde plant, 36.000 Menschen zwangsweise umzusiedeln, um Truppenübungsplätze zu erweitern und Platz für Projekte der "wirtschaftlichen Entwicklung" zu schaffen.

Die israelischen Behörden kündigten am Montag, den 28. Januar 2019, einen Plan zur gewaltsamen Verlegung von 36.000 arabischen Beduinenbürgern Israels an, die in unbekanntem Dörfern in der südlichen Naqab-Region (Negev) des Landes leben, um Truppenübungsplätze zu erweitern und so sogenannte "wirtschaftliche Entwicklungsprojekte" zu verwirklichen.

Die Umsetzung des Plans soll im kommenden Jahr beginnen und über mehrere Jahre hinweg erfolgen. Der Plan bestätigt deutlich, dass Israels Behörde für die Entwicklung und Besiedlung der Beduinen im Negev die Beduinenbevölkerung offen diskriminiert und betrachtet sie als ein Hindernis, das aus der Landschaft entfernt werden müsse, um einen Weg für die jüdische Besiedlung und "Entwicklung" zu ebnen. Die Regierung plant, diese Bürger in verarmte, von der Regierung geplante Townships in anderen Gebieten des Naqab zu bringen.

Dieser Plan zur Zwangsversetzung verletzt die Rechte der beduinischen Bürger sowohl nach israelischem als auch nach internationalem Recht, einschließlich des Rechts auf Eigentum, Würde, Gleichheit, angemessene Wohnung und freie Wahl des Wohnsitzes.

Rechtsanwältin Myssana Morany, Koordinatorin der Einheit für Land- und Planungsrechte von Adalah, antwortete:

"Die israelischen Behörden sind offen stolz auf diesen Akt des massiven erzwungenen Bevölkerungstransfers. Dies bekräftigt unsere seit langem vertretene Position, dass die israelische Beduinen-Siedlungsbehörde ein rassistisches Organ ist, das darauf abzielt, die Beduinen aus ihren Häusern zu vertreiben und ihr Land zu besetzen. Um den Naqab (Negev) zu judaisieren, setzen die israelischen Behörden wirtschaftliche und militärische Pläne um, die nicht dazu bestimmt sind, den Beduinen zu dienen, und ignorieren sogar ihre bloße Existenz. Die Naqab-Beduinen werden einen hohen Preis für diese Pläne zahlen: Sie werden gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben, ihre Gemeinschaften werden zerstört, und sie werden potenziell lebensbedrohlichen Gesundheits- und Umweltgefahren ausgesetzt sein."

Die Ankündigung der Behörde enthielt vier verschiedene Projekte, die zusammen den Plan für den massenhaften gewaltsamen Transfer umfassen: die südliche Verlängerung des Highway 6 (Trans-Israel Highway), die Erweiterung der militärischen Schusszone Beka'at Kana'im und zwei Großprojekte, gegen die Adalah - The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel bereits rechtliche Kämpfe führt, nämlich:

— Gründung der militärischen Sonderindustriezone Ramat Beka: Der Plan, die Waffenprüfanlage IMI Systems (die kürzlich privatisiert und an Elbit Systems verkauft wurde) von der zentralisraelischen Vorstadtgemeinde Ramat Hasharon an einen Ort inmitten von Beduinengemeinden im Naqab zu verlegen, wird voraussichtlich zu Zwangsräumungen von Tausenden von Bewohnern und zur Gefährdung

von Sicherheit und Umwelt führen. Ein Einwand gegen diesen von Adalah und Bimkom - Planners for Planning Rights eingereichten Plan wurde von den israelischen Behörden abgelehnt, obwohl den lokalen Beduinen keine Gelegenheit gegeben wurde, auf die Aussagen der israelischen Beduinenbehörde zu reagieren. Dieser Plan ist noch nicht in Kraft getreten.

— Gründung der Phosphatmine Sde Barir: Dieser Plan, der zur sofortigen Evakuierung Tausender von Menschen und zur Gefährdung der Gesundheit führen wird, wurde auf der Grundlage einer Umweltverträglichkeitsstudie genehmigt, die die Existenz der 15.000 Beduinenbewohner des Gebietes ignorierte, selbst derjenigen, die im anerkannten Dorf Al-Fura'a leben. Adalah hat im Namen der Beduinen von Al-Fura'a, dem Regionalrat der nicht anerkannten Dörfer, zusammen mit drei weiteren Menschenrechtsorganisationen beim israelischen Obersten Gerichtshof Petitionen gegen den Plan eingereicht. Das Gericht wird am 27. Februar 2019 eine Anhörung zu der Petition abhalten. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten, haben oft ernste Besorgnis über die Zerstörungen Israels, die Zwangsräumungen und die Vertreibung von Beduinenbürgern Israels, die im Naqab leben, geäußert.

Im September 2018 forderte das EU-Parlament in einer Resolution mit dem Titel "Die Bedrohung durch den Abriss von Khan al-Ahmar und anderen Beduinendörfern" die israelische Regierung auf, ihre Politik der Drohung mit Abriss und Vertreibung gegen die im Negev und im Gebiet C im besetzten Westjordanland lebenden Beduinengemeinschaften unverzüglich einzustellen.

Presseerklärung des Negev Coexistence Forum und des Regional Councils for the Unrecognized Villages in the Negev vom 31.1.2019

Israel plant, Tausende von Beduinen für so genannte nationale Interessen zu vertreiben.

Am 28. Januar 2019 kündigte die Behörde für die Entwicklung und Ansiedlung der Beduinen in der Region Negev einen Plan an, 36.000 Beduinen, die in nicht anerkannten Dörfern leben, gewaltsam zu transferieren.

Der Staat Israel treibt vier verschiedene Pläne für Ländereien voran, die seit langem die Heimat von Zehntausenden von beduinischen Bürgern Israels sind. Diese Pläne waren mehrere Jahre lang in Arbeit, sie wurden erst kürzlich als Masterplan veröffentlicht. Diese Pläne, die Verkehrsinfrastruktur, die Erweiterung militärischer Übungszonen und die potenziell giftige Industrien enthalten, erforderten die Zwangsumsiedlung von Beduinen aus zehn verschiedenen Dörfern, wegen vorgetäuschten nationalen Interesse.

Eine gemeinsame Erklärung des NCF und des Regionalrates für die nicht anerkannten Dörfer im Negev-RCUV

Die Zwangsräumung wird im nächsten Jahr beginnen und über einen Zeitraum von mehreren Jahren umgesetzt. Mehr als 10 nicht anerkannte Dörfer werden in den Augen des Staates für vier Großprojekte als "Hindernisse" bezeichnet:

der Ausbau der Straße 6 (Trans-Israel-Autobahn); Ramat Beka Sonderindustrialzone, die von folgenden Institutionen genutzt wird Elbit, ein privatisiertes israelisches Waffenunternehmen; die Phosphatmine Sde

Barir, die von der Rotem-Ampert-Korporation entwickelt wird; und die Erweiterung der Beka'at Kana'im-Zone für militärische Zwecke.

Noch vor 7 Jahren versetzte der "The Praver-Begin Plan", der ähnliche Umsiedlungen vorsah, den Negev/Naqab in Aufruhr und wurde schließlich wegen schwerer Einwände eingefroren. Während die Beduinen gegen die Zwangsvertreibung aus ihren angestammten Dörfern und die Diskriminierung bei der Landverteilung Einspruch erhoben, forderten die Rechtsextremen eine schärfere und umfassendere Reaktion auf die so genannte "Invasion" der Beduinengemeinschaften in Staatsland. Weil dieser umstrittenen Plan im Jahr 2011 gescheitert ist, hat die Regierung ihn so umgestaltet, dass die gleichen Ziele auf einem weniger direkten Weg erreicht werden.

Die Beduinen sind ein von den Vereinten Nationen anerkanntes indigenes Volk, ein Status, der vom israelischen Staat verweigert wird.

In den letzten 70 Jahren der israelischen Regierung war die Gemeinschaft Opfer von Zwangsurbanisierung, Gewalt und Diskriminierung, insbesondere in Bezug auf die Landrechte. Dieser Bevölkerungsteil bleibt auch heute noch die ärmste Israels, die die höchsten Arbeitslosenquoten und schwere

Probleme wie Zugang zur Gesundheitsversorgung, Basisinfrastruktur und Bildung. Heute sind weniger als 4 % der Negev von Beduinen besetzt, wobei die meisten in städtischen Gebieten leben, in die sie gezwungen waren, umzuziehen. In Anbetracht der geringen Landmenge, die die Beduinen bewohnen, und der großen Fläche an unbewohntem Land im Negev/Naqab, sind die Regierungsprojekte, die die Beduinen negativ betreffen, zutiefst empörend.

Haia Noach, CEO des Negev Coexistence Forum, sagte: "Die Beduinen sind immer diejenigen, die den hohen Preis zahlen. Diese Vorgehensweise wird zu einem großen Konflikt im Negev/Naqab führen." Attia Alasam, CEO des Regionalrates für die nicht anerkannten Dörfer im Negev-RCUV, fügte hinzu: "Die Route sechs hätte woanders verlegt werden können, aber der Staat hat sie bewusst so geplant, dass sie durch das Herz einiger nicht anerkannter Beduinendörfer verläuft, um das Land zu erobern. Diese Pläne sind schlechter als der Praver-Begin-Plan".

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de